

Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei dazu beitragen, die Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen zu verringern?

Wir werden uns näher mit den Strukturen der verschiedenen Ebenen beschäftigen. Unser Fokus liegt neben der Verhinderung von Gewalt an Frauen mit Behinderungen in der Integration von Frauen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es mehr Sichtbarkeit von Frauen mit Behinderung, aber auch mehr Aufklärung, Information und bedarfsgerechte und langfristig finanzierte Unterstützungsstrukturen. Außerdem eine gute Koordination zwischen Landes- und Bundespolitik.

Welche Position vertritt Ihre Partei zu aufgeführtem Vorschlag und wie begründet sich diese? (Die Aufnahme der Verbesserung der Barrierefreiheit als Kriterium zur Förderung von einzelnen Maßnahmen durch das Land Hessen.)

Die SPD würde juristisch prüfen, in wieweit die Verbesserung der Barrierefreiheit ein Kriterium bei Ausschreibungen sein könnte. Wir stehen diesem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenüber.

Welche Maßnahmen zur Prävention und Verhinderung wird Ihre Partei ergreifen, unterstützen und finanzieren, um Mädchen und Frauen mit Behinderung besser vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen und mehr barrierefreie Hilfs- und Beratungsangebote zu schaffen?

Für Frauen mit Behinderung ist ein niedrigschwelliger Zugang zu Hilfe besonders wichtig. Deshalb setzen wir uns für einen behindertengerechten Zugang sowohl zu Beratungsstellen als auch zu Frauenhäusern ein. In Haushaltsanträgen haben wir bereits gefordert, dass Frauenhäuser und Beratungsstellen bedarfsdeckend vom Land finanziert werden müssen, diese Forderung würden wir umsetzen. Des Weiteren sind Behörden, wie die Polizei, aber auch Ärztinnen und Ärzte mittels Schulungen im Umgang mit von Gewalt betroffenen Frauen mit Behinderung zu sensibilisieren. Der Erstkontakt kann entscheidend sein, ob die betroffene Frau, weiter oder wiederholt um Hilfe

bittet. Da Gewalt auch in Pflegeeinrichtungen vorkommt, muss ein Recht auf geschlechtersensible Pflege bestehen, auch darauf wollen wir hinarbeiten.

Welche Position vertritt Ihre Partei zu dem oben aufgeführten Vorschlag, bzw. welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Verbesserung der Beratungsmöglichkeiten von gehörlosen Frauen auf den Weg bringen?

Wir werden die Unterstützung für Menschen mit Behinderung verbessern. Dazu legen wir eine Ausbildungsinitiative für Teilhabe- und Taubblindenassistenzen auf und unterstützen Beratungsnetzwerke, Behindertenorganisationen und Selbsthilfe. In allen Studiengängen an allen hessischen Hochschulen sollen Angebote für und verpflichtende Anteile über Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Schüler*innen in Hessen – zumindest Grundlagen der – Gebärdensprache lernen können.

Wird sich Ihre Partei für die Aufnahme entsprechender gesetzlicher Regelungen im Rahmen der Novellierung des HPBG einsetzen?

Die SPD möchte die hessische Bauordnung mit Blick auf die Quote barrierefreier Wohnungen und Leistungen für Menschen mit Behinderungen ändern. Auch im Bereich sicherer und barrierefreier Mobilität wollen wir entsprechende Regelungen einführen und umsetzen.

Durch welche Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es mehr Angebote gibt, die Mädchen mit Behinderung stärken?

Wir wollen die Expertise von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen stärker berücksichtigen. Auch bei der Stärkung von Mädchen mit Behinderungen könnten ältere Frauen mit Behinderung als gute Beispiele und Ratgeberinnen eingesetzt werden. Zudem ist uns die politische Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung wichtig, deshalb stärken wir die Partizipation von Kindern und Jugendlichen etwa durch einem Jugendkongress, digitalem Jugendportal und einer Landesfachstelle zur Jugendbeteiligung

Was wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dazu beitragen, um Müttern (und Vätern) mit Behinderung eine gleichberechtigte Wahrnehmung ihrer Elternschaft zu ermöglichen?

Die SPD wird sich in der kommenden Legislaturperiode mit diesem Thema stärker auseinandersetzen, Gespräche mit Betroffenen führen und ein Konzept erarbeiten.

Fest steht für die SPD: Familie ist für uns dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – hierbei wollen wir sie unterstützen. Beim gemeinsamen Bewältigen des Alltags sind Familien in ihren verschiedenen Formen unterschiedlich gefordert. Ob eine alleinerziehende Person oder ein Mensch, der seine Angehörigen pflegt, ob Patchwork-, Pflege- oder Adoptivfamilie oder eben auch Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben – auf vielfältige Fragestellungen brauchen wir passgenaue politische Antworten.

Präventive Strukturen für Familien wie Familienzentren, Beratungsangebote z.B. für Eltern-Kind-Kuren, Familienhebammen, Jugendhilfe oder frühe Hilfen wollen wir weiter ausbauen und nachhaltig finanzieren. Diese Strukturen könnten auch Eltern mit Behinderungen behilflich sein.

Wird sich Ihre Partei - und wenn, durch welche - Aktivitäten - dafür einsetzen, dass die für den Strafvollzug und Luftverkehr erwähnten Ansprüche auch in der Pflege in Hessen gesetzlich verankert werden?

Wir werden uns für ein Recht auf geschlechtersensible Pflege einsetzen. Das hieße, dass eine Frau darauf bestehen könnte, von einer Frau gepflegt zu werden.

Wird Ihre Partei, und wenn welche, in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen / Arbeitsmarkt-Programme initiieren / durchführen, um der Arbeitslosigkeit von Frauen mit Behinderung entgegenzuwirken?

In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit muss sich eine Landesregierung auch dafür einsetzen, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber offener dafür werden, Menschen mit Behinderung einzustellen. Dafür kann sie unter anderem eine Informationskampagne unterstützen. Auch die Beratung von Mädchen und Frauen müsste ausgeweitet werden. Dafür werden wir uns

gegenüber der zuständigen Bundesagentur für Arbeit einsetzen und auch prüfen, inwieweit auch das Land Förderstrukturen schaffen kann.

Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es diese Gesundheitskarte in der Form wie in anderen Bundesländern (bspw. Berlin, Brandenburg und unserem Nachbarland Thüringen) bereits eingeführt, auch in Hessen geben wird?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, und ggf. mit welchen Maßnahmen, dass Schutzkonzepte geschlechter- und diversitätssensibel und wirksam umgesetzt werden können?

Wir haben in einem Antrag im Hessischen Landtag bereits die Gesundheitskarte für alle gefordert, leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Wir halten es jedoch für Elementar, dass alle Menschen, die bei uns leben, den gleichen Zugang zu Gesundheit haben. Wir würden deshalb die Gesundheitskarte für alle einführen.

Herzliche Grüße

Nadine Gersberg, MdL

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Frauenpolitische Sprecherin